

14

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung

am 26. Oktober 1945, 17,00 Uhr.

Anwesend waren unter dem Vorsätz des k. Bürgermeisters
Kiesewetter die Beigeordneten

Hans Ellerbrook,
Henry Langbehn,
Georg Kähler,
Heinrich Schwasta,

die Ratsherren

Karl Burmeister,
Joachim Burmester,
Friedrich Wehrken,
Johannes Hochenhauer,
Wilhelm Holst,
Friedrich Stoochs,
Ernst Voigt

und die Gemeinderätin

Frau Rickert,

als Referenten

Stadtamtmann Stimming und
Betriebsleiter Palmer.

T a g e s o r d n u n g .

- 1.) Einführung der Beigeordneten und Ratsherren
- 2.) Bestellung von Bezirkswarten und Bezirkshelfern.
- 3.) Finanzbericht.
- 4.) Bilanz- und Geschäftsbericht der Stadtwerke für das Rechnungsjahr 1944.
- 5.) Jahresrechnung der Ratzeburger Kraftverkehrsgesellschaft für 1944.
- 6.) Übernahme der Ratzeburger Kraftverkehrsgesellschaft.
- 7.) Antrag Piening auf Grundstücksüberlassung.
- 8.) Flüchtlingsfragen.
- 9.) Verschiedenes.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäss ergangen ist. Zum ständigen Protokollführer bestellt er den Stadtamtmann Stimming. Zum Protokollvollzieher werden die Ratsherren Joachim Burmeister und Karl Burmester bestellt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Der Vorsitzende führt aus, dass gemäss Weisung des Herrn Landrats in den Gemeinden Beigeordnete und Gemeindevertreter zu bestellen sind und diese zur verstärkten Mitarbeit in der Stadtverwaltung herangezogen werden müssen. Er habe daher die Anwesenden Herren und Damen zu Beigeordnete und Ratsherren berufen und verpflichte sie hiermit zur gewissenhaften Amtsführung und verantwortungsvollen Mitarbeit. Die Verpflichtung wird durch Handschlag von ihm durchgeführt.

Der I. Beigeordnete Herr Ellerbrook führt aus, dass die Beigeordneten und Ratsherren als Vertreter der Stadt ein geschlossenes Ganzes darstellen und gegeneinander grösstes Vertrauen haben müssen. Differenzen untereinander müssten, wenn sie vorkommen, durch offene Aussprache ~~untereinander~~ beseitigt werden.

Der Vorsitzende verliest sodann eine Anweisung der Militär-Regierung, dass die Gemeindevertretung nur Verwaltungsaufgaben zu erfüllen habe, jede politische Betätigung sei untersagt, auch solche Betätigung, die im Widerspruch zu den Gesetzen der Militär - Regierung stehe. Er bittet die Gemeindevertretung, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Der IV. Beigeordnete Schwasta bittet, die Gemeinderatssitzung recht oft abzuhalten, damit die Beigeordneten und Ratsherren über alle Dinge unterrichtet sind, die für die Bevölkerung von Interesse sind.

Der Vorsitzende sagt dies zu und erklärt, dass der Gemeinderat verstärkt zur Mitarbeit herangezogen wird.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung.

Stadtamtmann Stimming weist darauf hin, dass der Herr Landrat die Einsetzung von Bezirkswarten und Bezirkshelfern angeordnet hat. Die erheblichen Aufgaben die der Gemeinde erwachsen, zwingen dazu, die Bevölkerung selbst zur weitgehendsten Mitarbeit heranzuziehen. Es ist daher vorgesehen, die Stadt Ratzeburg in 9 Bezirke mit je 3 Unterbezirken einzuteilen. Die Bezirke werden geleitet von einem Bezirkswart, dem ein Flüchtlingsvertrauensmann und eine Bezirksfürsorgerin zugeteilt wird. Für jeden Unterbezirk wird ein Bezirkshelfer und eine Fürsorgerin bestellt, letztere aus den Kreisen der Flüchtlinge. Er erläutert sodann die Aufgaben dieser zu bestellenden Personen.

Der Vorsitzende hält diesen Verwaltungsapparat für notwendig und bittet die Beigeordneten und Ratsherren Vorschläge für die Besetzung schnellstens zu machen.

Der II. Beigeordnete Langbehn schlägt vor, einen Schlichtungsausschuss zu bilden, der alle Streitigkeiten, insbesondere in Wohnungsangelegenheiten, erledigen soll.

Der Vorsitzende erwidert, dass eine solche Regelung durch die Bezirkseinteilung erstrebt wird.

Der Gemeinderat billigt die Bezirkseinteilung der Stadt und die Einsetzung von Bezirkswarten und Bezirkshelfern in der vorgesehenen Form.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung.

Stadtamtmann Stimming erstattet Bericht über den derzeitigen Stand der Finanzlage der Stadt, Kassenbestand, Einnahme und Ausgabe und über die Eingänge an Steuern seit dem 1.4.1945.

Der Gemeinderat nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung.

Stadtamtmann Stimming erstattet einen Bericht über die Bilanz und die Gewinn - und Verlustrechnung der Stadtwerke für das Rechnungsjahr 1944. Der Bericht liegt zur Einsicht im Büro aus.

Der Gemeinderat nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

Stadtamtmann Stimming erstattet Bericht über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Ratzeburger Kraftverkehrs-gesellschaft für das Jahr 1944. Die Pflichtprüfung ist von der Treuhandgesellschaft für Handel und Industrie durchgeführt worden. Beanstandungen sind nicht erfolgt, so dass der Bürgermeister seine Zustimmung zur Entlastung des Geschäftsführers erteilt hat.

Der Gemeinderat nimmt von dem Bericht Kenntnis und hat gegen die Entlastungserteilung keine Einwendungen zu erheben.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Stadtamtmann Stimming erstattet Bericht über die Verhandlung mit dem Herrn Landrat wegen Übernahme des Geschäftsanteiles des Kreises Herzogtum Lauenburg an der Ratzeburger Kraftverkehrs-Gesellschaft durch die Stadt Ratzeburg. Die Verhandlungen sind zu einem Abschluss gekommen. Die Übergabe des Betriebes an die Stadt ist mit Wirkung vom 1.10.1945 bereits erfolgt. Zum Geschäftsführer ist der Betriebsleiter Palmer bestimmt worden. Es sei nunmehr der Vertrag eingegangen, der bis auf den § 2 ohne weiteres anerkannt werden könne. In § 2 sei vorgesehen, dass die Stadt einen Betrag von 36 000 RM als Hälfte des Geschäfts ~~bereits~~ der Gesellschaft zusätzlich zahlen soll. Diese Forderung ist nach Ansicht der Stadt zu hoch. Betriebsleiter Palmer erklärt, dass die Forderung nicht tragbar sei. Er erläutert die Gründe. Einmal sei mit einer verstärkten Konkurrenz der Post zu rechnen. Zum anderen sei das vorliegende Gutachten auf eine Geschäftsgrundlage normaler Zeiten aufgebaut, auch sei der Wagen- und Materialbestand in einem dermaßen schlechten Zustand, dass das ganze Unternehmen überhaupt nicht einsatzfähig sei, wenn nicht die Stadtwerke ausgeholfen hätten.

Der II. Beigeordnete Langbehn hält die Forderung ebenfalls für zu hoch.

Betriebsleiter Palmer erklärt noch, dass er kürzlich zum Gouverneur gerufen worden sei, der die Herabsetzung des Fahrpreises von 0,06 RM pro Person pro Kilometer auf 0,04 RM wünsche. Dieser Umstand müsste unbedingt berücksichtigt werden.

Der II. Beigeordnete Langbehn erwähnt, dass die Post ihren Fahrpreis auf 0,06 RM erhöht habe, selbst aber nur an die Unternehmer ~~an für~~ die von ihr gemieteten Fahrzeuge 0,04 RM zahle. Auch sei es richtig, dass die Post ständig Einwendungen gegen die Linienführung der Kraftverkehrsgesellschaft mache. Es müsse tatsächlich mit der Herabsetzung des Fahrpreises gerechnet werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, in erneute Verhandlung mit dem Herrn Landrat einzutreten.

Der I. Beigeordnete Ellerbrook unterstützt diesen Vorschlag.

Der Gemeinderat nimmt von der Übernahme der Geschäftsführung der Kraftverkehrsgesellschaft auf die Stadtgemeinde Kenntnis, billigt die Übernahmebedingungen bis auf die Festsetzung in § 2 des Vertrages geforderte Entschädigung, über ~~diese~~ ^{diese} Höhe erneute Verhandlungen mit dem Herrn Landrat aufgenommen werden sollen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung.

Stadtamtman Stimming trägt den Antrag des Ingenieurs Piening vor. Piening beabsichtigt, seinen Betrieb, Produktion von Radiogeräten und Radioteilen, nach Ratzeburg zu verlegen. Er wünsche zunächst pachtweise Überlassung des früheren Kleinbahngeländes von der Fussgängerbrücke beim Krankenhaus bis zur Brücke der Schmilauer - Strasse. Zur Ausnutzung der Wasserkraft soll eine Stauanlage geschaffen werden, ~~diese~~ ^{diese} Kosten 9 000,- RM betragen. Wenn diese Arbeiten von der Stadt durchgeführt werden, soll eine jährliche Miete von 900,- RM von Piening erhoben werden. Der Kaufpreis für das Gelände, etwa 25 000 qm, wird auf 0,10 RM je qm. festgesetzt, zusätzlich von der Stadt tatsächlich aufgewandten Betrages zum Bau des Staudammes.

Betriebsleiter Palmer hält das Projekt der Ausnutzung der Wasserkraft nicht für ratsam. Es müsse nach seiner Auffassung auch noch geprüft werden, ob nicht durch die Freilegung der Quellen eine Wasserentnahme aus den Wasseradern erfolgt, die die Brunnen des städtischen Wasserwerks speisen. Auch wird durch eine solche Anlage ein Präzedenzfall geschaffen, der auch anderen Betrieben Anlass geben könnte, ihren Strom selbst zu erzeugen.

Der III. Beigeordnete Kähler weist darauf hin, dass ihm ein früheres Gutachten bekannt ist, nach dem eine Ausnutzung der Wasserkraft für die Stadt unrentabel sei.

Der Vorsitzende führt aus, dass selbstverständlich das Bestreben des Ingenieurs Piening, eine Produktionsstätte zu errichten, weitgehendst unterstützt wird, dass es aber wohl praktischer sei, den Strom von den Werken zu beziehen und auf den Aufbau des Staudammes zu verzichten.

Der Gemeinderat ist bereit, dem Herrn Piening ein Grundstück zur Errichtung einer Fabrik zu überlassen. Der Vorschlag zur Schaffung eines Staudammes zur Ausnutzung der Wasserkraft im Einschnitt des früheren Kleinbahndammes und Übernahme der Kosten hierfür wird nicht gebilligt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung.

Stadtamtman Stimming erstattet einen eingehenden Bericht über die Flüchtlingsfrage. Die Stadt muss mit einer Aufnahme von mehreren 1000 Flüchtlingen rechnen, da die englische Besatzungsbehörde die Übernahme von weiteren 2 000 000 Flüchtlingen aus den Ostgebieten zugestimmt hat. Zur Bewältigung der damit anfallenden Arbeiten hat der Herr Landrat einen neuen Organisationsapparat für die Flüchtlingsfrage aufgebaut. Ebenfalls ist eine Neuregelung im Bereich der Bezirksbürgermeisterei Ratzeburg erfolgt. In der Stadt Ratzeburg sollen diese Aufgaben durch die Bezirkswarte mit ihren Flüchtlingsvertrauensmännern und Fürsorgerinnen erfüllt werden. Es sei aber notwendig, dass alle beteiligten Kräfte, auch die Beigeordneten und Ratsherren mithelfen, dieses schwierige Problem zu meistern.

Der Vorsitzende führt noch aus, dass hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln mit den allergrössten Schwierigkeiten zu rechnen ist. Der Bestand reicht bei Weitem nicht aus, umso weniger, wenn mit Flüchtlingszuwachs zu rechnen ist. Man muss mit einem Rübenwinter rechnen, schlimmer wie 1917. Hinzu kommt, dass durch Schwarzhandel und Diebstahl ebenfalls grössere Mengen verloren gehen.

21

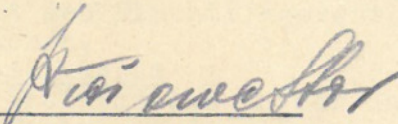
Der I. Beigeordnete Ellerbrook bittet, diese Mitteilungen als vertraulich zu behandeln, damit in der Bevölkerung keine Unruhe entsteht. Für die neu hinzukommenden Flüchtlinge sei die Einrichtung einer Gemeinschaftsküche notwendig und vorgesehen.

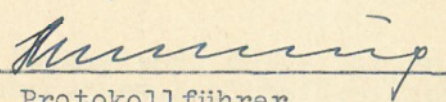
Der Gemeinderat nimmt von dem Bericht über die Flüchtlingsfrage Kenntnis.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung.

- a.) Der Vorsitzende macht eine Anordnung der Militär - Regierung bekannt, wonach Beamte sich nicht politisch betätigen dürfen.
- b.) Der III. Beigeordnete Kähler fragt an, welche Feststellung hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse der von dem Stabszahlmeister Tonn bewirtschafteten Ländereien getroffen sind.
Stadtamtmann Stimming erwidert, dass das Tonn'sche Gelände am Bäckerweg Eigentum, das am Mühlengraben gepachtet sei.
- c.) Der IV. Beigeordnete Schwasta fragt an, wann mit dem Ausbau der Scheune in der Zieithener Strasse zu rechnen ist.
Der Vorsitzende erwidert, dass Umbauten z. Zt. nicht durchgeführt werden. Ausserdem wird die Scheune stadtseits zur Unterbringung von Holz und Stroh dringend benötigt.
- d.) Der III. Beigeordnete Kähler fragt an, wie das Ergebnis der Spinnstoffsammlung sei.
Der Vorsitzende erwidert, dass die Auflage erfüllt sei.
- e.) Der III. Beigeordnete Kähler bittet zu veranlassen, dass der Fusssteig in der Schwerinerstrasse, der durch die Kanalisationsarbeiten gelitten hat, ausgebessert wird. Ebenfalls sei eine Ausbesserung des Weges am Mühlengraben erforderlich.
Der Vorsitzende sagt Abhilfe zu.
- f.) Der I. Beigeordnete Ellerbrook weist auf den Abbruch des Denkmals auf dem Marktplatz hin. Vorgesehen sei auch, die Bäume zu entfernen. Eventuell später eine Warthalle und eine unterirdische Bedürfnisanstalt zu bauen. Er bittet die Beigeordneten und Ratsherren sich mit diesem Vorschlag vertraut zu machen.
Der IV. Beigeordnete Schwasta schlägt vor, die Bäume stehen zu lassen und die Halle zwischen die Bäume zu bauen. Er empfiehlt, Vorschläge vom Bauamt machen zu lassen.
- g.) Betriebsleiter Palmer schlägt vor, den Gang von der Domstrasse zum See abzusperren, da er ständig verschmutzt ist.
Der Vorsitzende sagt Nachprüfung zu.
- h.) Der IV. Beigeordnete Schwasta teilt mit, dass durch den Regen die neuen Sile verstopft seien. Notwendig ist, dass die Schweriner Strasse durch städtische Arbeiter gefegt wird.
Der Vorsitzende sagt Abhilfe unter Einsetzung von Pflichtarbeitern hierfür, zu.

Schluss der Sitzung um 19,45 Uhr.


Bürgermeister


Protokollführer

Die Protokollvollzieher

